

Liebe Freund *innen.

Die letzten Wochen waren sehr intensiv. Fünf Sitzungswochen in nur sechs Wochen haben uns alle gefordert. Gleichzeitig war diese Zeit aber auch unglaublich produktiv. Innerhalb der Fraktion haben wir in Klausuren und Arbeitsgruppen viel über unsere politische Richtung, neue Impulse und gemeinsame Schwerpunkte gesprochen.

In meiner parlamentarischen Arbeit stand für mich besonders der Einsatz für einen gerechten Haushalt im Mittelpunkt und der Kampf dafür, dass die Bundesregierung ihre Zusagen im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramm endlich einhält. Wir tragen Verantwortung für die Menschen in Afghanistan, die ihr Leben riskiert haben, um mit deutschen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Auch aus der Opposition heraus bleibe ich dabei: Verlässlichkeit und Verantwortung dürfen keine Frage der Mehrheiten sein. Neben der intensiven Arbeit in Berlin war ich auch wieder viel im Wahlkreis unterwegs wie bei einer Veranstaltung zu ME/CFS. Bei vielen Gesprächen und Begegnungen wurde einmal mehr deutlich, wie viel Engagement und Zusammenhalt es bei uns vor Ort gibt und wie wichtig dieser Austausch für meine politische Arbeit ist. Dieses Engagement bei uns im Mühlenkreis bestärkt mich in meiner Arbeit und gibt mir Kraft für die Zukunft.

Eure Schahina

Oktober 2025





<u>Afghanistan: Jetzt handeln – Menschenleben</u> schützen

In meiner Rede im Bundestag habe ich deutlich gemacht: In den letzten Wochen wurden rund 250 Afghaninnen und Afghanen aus Pakistan nach Afghanistan abgeschoben – in ein Land, in dem ihnen Verfolgung und Tod drohen.
Gleichzeitig warten circa 2.300 Menschen auf die ihnen zugesagte Aufnahme nach Deutschland. Diese Zusagen sind rechtlich verbindlich. Die Rede findet ihr hier.





Es ist unmenschlich und rechtswidrig, wenn die Bundesregierung diese Verpflichtungen nicht umsetzt. Seit Amtsantritt des Innenministers wurde kein einziges Sicherheitsinterview geführt – das ist fahrlässig und gefährlich. Meine Forderung ist klar: Die Bundesregierung muss Sicherheitsinterviews unverzüglich wieder aufnehmen, Visa ausstellen und alle Personen mit deutscher Aufnahmezusage evakuieren.

Außerdem müssen abgeschobene Schutzbedürftige sofort nach Pakistan zurückgeholt werden. Ich habe zu diesem Thema auch einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem wir konkrete Schritte zur Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms fordern. Schaut ihn euch gerne hier an.



Oktober 2025





<u>Entwicklungspolitik im Abseits – Einstehen</u> <u>für Unterstützung</u>

In meiner Rede zum Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung habe ich betont: Es geht hier nicht um Zahlen auf Papier - es geht um Menschenwürde und internationale Verantwortung. Das Welternährungsprogramm ist eine der wichtigsten Säulen im Kampf gegen Hunger:





Doch seit 2022 wurde die Unterstützung für das Programm um mehr als 70 Prozent gekürzt - trotz steigender Krisen weltweit. Diese Kürzungen bedeuten nicht nur weniger Hilfe, sie kosten Menschenleben und schwächen Deutschlands Rolle in der Welt.

Entwicklungszusammenarbeit ist kein Luxus, sondern eine Investition in Stabilität, Frieden und Zukunft. Deshalb setze ich mich gemeinsam mit meiner Fraktion dafür ein, diese Kürzungen rückgängig zu machen. Denn wer heute spart, zahlt morgen ein Vielfaches - wirtschaftlich, politisch und menschlich.

Hier könnt ihr meine Rede anschauen: Link

Oktober 2025





<u>Junges Engagement für eine gerechte</u> <u>Welt</u>

Die Jugendbotschafter*innen von ONE
Deutschland beeindrucken mich jedes
Mal aufs Neue. Mit viel Leidenschaft und
Wissen setzen sie sich dafür ein,
Krankheiten wie Aids, Tuberkulose und
Malaria zu besiegen, mehr
Klimagerechtigkeit zu schaffen und
Gleichberechtigung weltweit zu stärken.





In unseren Gesprächen wurde deutlich: Ohne eine starke Entwicklungsfinanzierung können wir diese Ziele nicht erreichen. Doch genau hier kürzt die Bundesregierung derzeit massiv - mit Folgen für globale Gesundheit, Bildung und soziale Gerechtigkeit.

Ich setze mich deshalb im Bundestag dafür ein, dass Deutschland seiner internationalen Verantwortung gerecht wird: mit verlässlicher Finanzierung für WHO, UNICEF und das Welternährungsprogramm, mehr Mitteln für den Globalen Fonds und einer feministischen Entwicklungspolitik, die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt.



Oktober 2025





Ziviler Friedensdienst: Stimmen für Gerechtigkeit und Frieden

"Wir sind die Stimmen all jener, die sonst niemand hört." - dieser Satz einer Projektmanagerin des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) in Kamerun hat mich tief bewegt. Ich durfte mit Vertreterinnen des ZFD-Konsortiums und Brot für die Welt über ihre Arbeit sprechen: mit mutigen Menschen, die sich in Konfliktregionen für Frieden, Versöhnung und Menschenrechte einsetzen. Eine Projektleiterin aus der DR Kongo berichtete von Trainings für Frauen, die Überlebende sexualisierter Gewalt unterstützen.



Andere erzählten von ihrem Engagement in Myanmar und El Salvador - dort, wo demokratische Stimmen unter Druck stehen, bleiben sie aktiv.

Gerade in Zeiten globaler Krisen dürfen wir diese Arbeit nicht schwächen.

Kürzungen beim Zivilen Friedensdienst gefährden Stabilität und Frieden. Ich setze mich dafür ein, dass diese Projekte weiter verlässlich unterstützt werden.

Oktober 2025





<u>Rechtsextreme Netzwerke bedrohen unsere Demokratie – auch im</u> Mühlenkreis

Die Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage bestätigt: Die Neonazi-Gruppe "Mindener Jungs" steht in direktem Kontakt zu den gewaltbereiten "Brothers of Honour". Das macht wieder einmal deutlich: Rechtsextremismus ist keine abstrakte Gefahr, er bedroht Menschenleben, unsere Sicherheit und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Strukturen wie die "Brothers of Honour" müssen konsequent überwacht, enttarnt und zerschlagen werden.



Der Staat darf nicht wegschauen, wenn Neonazis Netzwerke aufbauen. Gleichzeitig braucht es deutlich mehr Geld für Prävention, politische Bildung und Deradikalisierung, gerade im ländlichen Raum. Ein Demokratie-fördergesetz wäre überfällig, damit Zivilgesellschaft und Initiativen verlässlich arbeiten können. Das Mindener Tageblatt hat hierzu berichtet.

Gemeinsam mit meiner Kollegin Marlene Schönberger habe ich außerdem eine Kleine Anfrage zur Zunahme rechtsextremer Einstellungen und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen gestellt. Hier interessierte uns insbesondere, welche Strategien die Sicherheitsbehörden zur Einschätzung nutzen, wie stark digitale Rekrutierung wirkt und welche Strukturen und Vernetzungen existieren

Mehr zu dem Thema findet ihr in der Antwort der Bundesregierung auf unsere <u>Kleine Anfrage</u> an die Bundesregierung oder auch in der folgenden Berichterstattung im <u>SPIEGEL</u>.

Oktober 2025





ME/CFS verstehen - Leben mit der unsichtbaren Erkrankung

Im Kleinen Theater am Weingarten in Minden haben wir gemeinsam mit der Psychologin Birte Viermann und Guido J. Niemeyer über ME/CFS gesprochen - eine Erkrankung, die das Leben vieler Menschen völlig verändert, aber noch immer kaum bekannt ist. Der große Andrang vor Ort und online hat gezeigt, wie groß das Bedürfnis nach Aufklärung und Unterstützung ist. Das hat mich zutiefst berührt.





Es hat mir gezeigt, wie wichtig es ist, einen Raum für den Austausch unter Betroffenen zu schaffen. Gleichzeitig müssen wir als Politik aktiver zuhören. Im Mittelpunkt standen Erfahrungsberichte, die Vorstellung von Initiativen und der Austausch über bessere Versorgung. Klar ist: Wir brauchen mehr Forschung, spezialisierte Strukturen und ein Gesundheitssystem, das Betroffene ernst nimmt.

Die 600.000 Betroffenen in Deutschland, unter denen auch viele im Mühlenkreis leben, müssen endlich besser im Gesundheitssystem gesehen werden und die Hilfe bekommen, die sie verdienen.

Hier könnt ihr alles zur Veranstaltung nochmal nachlesen: LINK



Oktober 2025





Migrationsberatung als Brücke zur Teilhabe

In Rheda-Wiedenbrück habe ich das Netzwerk der Migrationsfachdienste im Kreis Gütersloh besucht. Unter dem Motto "Verstehen, wie Deutschland funktioniert" ging es darum, wie Integration und Teilhabe vor Ort gelingen - und welche Herausforderungen bestehen. Die Beratungsstellen leisten dabei jeden Tag Enormes: Im Kreis Gütersloh wurden allein im Jahr 2024 über 4.900 Menschen beraten. Diese Arbeit ist unverzichtbar - für die Menschen, die nach Deutschland kommen, und für unsere Gesellschaft insgesamt.



Doch ein Kernproblem ist die fehlende Planungssicherheit: Viele Projekte sind befristet finanziert, die Beratungsstellen wissen nicht, wie lange sie bestehen können. Wenn Mittel gekürzt werden, bricht essenzielle Unterstützung weg - Folgekosten für Gesellschaft und Verwaltung steigen. Damit diese Arbeit auch in Zukunft gesichert bleibt, setze ich mich dafür ein, dass die Migrationsberatung für Erwachsene im Bundeshaushalt nicht gekürzt, sondern gestärkt wird. Denn gerade bei der Migrationsberatung erlebt man, wie erfolgreiche Teilhabe gelingen kann - mit Kompetenz, Engagement und Herzblut. Dieses Engagement darf nicht kaputtgespart werden.

Oktober 2025





Gemeinsam mit dem NRWVerkehrsminister Oliver Krischer,
dem Landtagsabgeordneten
Benjamin Rauer und
Vertreter*innen von Straßen.NRW,
dem Kreis Minden-Lübbecke und
der Gemeinde Stemwede habe ich
mit der ZWAR-Gruppe in
Stemwede über den geplanten
Radweg entlang der
Stemwederberg-Straße gesprochen.



Nach Jahren des Engagements zeichnet sich endlich eine Lösung ab: Das Bürgerradweg-Konzept, das bereits in anderen Regionen NRWs erfolgreich umgesetzt wurde, könnte auch hier Realität werden. Mit vereinten Kräften von Land, Kommune und engagierten Bürger*innen könnte der Radweg entlang der Stemwederberg-Straße bald Wirklichkeit werden. Das wäre ein starkes Signal für die Verkehrswende im ländlichen Raum.

Mein besonderer Dank gilt dabei der ZWAR-Gruppe Stemwede, die sich seit Jahren für das Thema einsetzt. Ich werde weiterhin im Austausch mit allen Beteiligten bleiben, damit der Radweg endlich umgesetzt wird.



Oktober 2025





Politik hautnah erleben - BPA-Fahrt nach Berlin

Vor Kurzem durfte ich wieder eine Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürger aus unserem Wahlkreis in Berlin begrüßen - bei einer BPA-Fahrt, die das Bundespresseamt organisiert. Drei Tage lang konnten die Teilnehmenden hinter die Kulissen der Politik blicken. Vom Besuch im Deutschen Bundestag über ein Gespräch mit mir bis hin zu spannenden Einblicken in die Arbeit des Bundesrats.



Solche Fahrten sind für mich immer etwas Besonderes: Sie zeigen, wie groß das Interesse an politischer Arbeit ist - und wie wichtig der direkte Austausch bleibt. Viele Teilnehmende haben mir erzählt, dass sie die politischen Prozesse in Berlin nach dieser Fahrt mit anderen Augen sehen. Ein herzliches Dankeschön an alle, die dabei waren! Euer Interesse, eure Fragen und euer Engagement machen Demokratie lebendig - auch weit über Berlin hinaus.